

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 158. Ratssitzung vom 21. Juni 2017

3041. 2017/28

Postulat von Dr. Daniel Regli (SVP) und Martin Götzl (SVP) vom 08.02.2017: Pilotprojekt gebundene Tagesschule, Information der Eltern und Erziehungsberechtigten über die generelle Abmeldemöglichkeit für die gebundene Mittagsverpflegung sowie Bericht über die damit verbundenen strukturellen und finanziellen Anpassungen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Daniel Regli (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2699/2017): Ich danke für die Ablehnung des Postulats. Unser erstes Postulat wurde vom Stadtrat entgegengenommen und dann später zur Abschreibung empfohlen. Wir wollen den Stadtrat bitten, dass die Schülerinnen und Schüler, die keine Tagesschule besuchen, nicht in andere Schulhäuser umgeteilt werden. Ich weiss nicht, was hinter den Kulissen passiert ist. Der Stadtrat hat das Postulat entgegengenommen, aber es mussten an mehreren Schulen Schülerinnen und Schüler ohne Tagesschulbesuch die Schule wechseln. Kinder wurden umgeteilt, sie wurden aus ihrem Freundeskreis herausgerissen und sie mussten sich in einer anderen Schule niederlassen. Im Januar 2017 erfolgte eine Praxisänderung. Es wurde den Eltern mitgeteilt, dass künftig keine Kinder mehr aus ihrem Umfeld herausgerissen werden. Die Eltern können ihre Kinder von der Tagesschule abmelden. Das ist erfreulich. Die AL hat eine schriftliche Anfrage zu den Hintergründen gestellt. Natürlich spricht der Stadtrat von Freiwilligkeit. Er sagt, es handle sich nur um eine Praxisänderung. Als ich sagte, dass der Stadtrat zurückkriechen würde, sagte Stadtrat Gerold Lauber, ich würde Fake News verbreiten. Die Stadt hat deutlich gesagt, sie wolle ein Obligatorium. Das ist in der Antwort an die AL klar enthalten. Wenn über 10 Prozent der Eltern ihre Kinder von der Tagesschule abmelden, dann ist davon auszugehen, dass sie bei einem Obligatorium auch nicht mitmachen werden. Zwischen den Zeilen wird viel lamentiert. Wenn Sie die Antwort an die AL lesen, dann steht dort deutlich, dass die Umsetzung eines Obligatoriums nicht opportun ist. Die Kinder und Eltern können sich freuen. Wir wollen mit dem Postulat, dass das kommuniziert wird. Wir fordern in diesem Postulat, dass die direkt betroffenen Eltern sofort informiert werden. Wir wollen, dass in der Stadt kommuniziert wird, was die flächendeckende Einführung der Tagesschulen bedeutet. Wir wollen, dass mitgeteilt wird, dass es ein Zurückkriechen gab.

Duri Beer (SP) begründet den von Dr. Davy Graf (SP) namens der SP-Fraktion am 15. März 2017 gestellten Ablehnungsantrag: Wir finden auch, dass die Kommunikation mit den Eltern stattfinden soll. Kommunikation hat stattgefunden. Für uns sind Tagesschulen ein wichtiges Puzzleteil für eine fortschrittliche Schulpolitik, in der Bildungserfolg und Chancengleichheit im Fokus stehen. Tagesschulen ermöglichen es auch Eltern, ihr berufliches Engagement im notwendigen Umfang weiterzuführen. Unbestritten ist das

Prinzip der Freiwilligkeit. Spätestens seit der Antwort des Stadtrats vom 10. Mai ist dies klar. Das Postulat will alle Eltern, deren Kinder öffentliche Schulen besuchen, darüber informieren, dass der Besuch von Tagesschulen freiwillig ist. Der Stadtrat soll bis 2017 einen Bericht vorlegen, der aufzeigt, wo finanzielle und strukturelle Anpassungen erfolgen können. Stellen Sie sich vor: Es gibt in der Stadt rund 30 000 Eltern, deren Kinder die Volksschule besuchen. Diese sollen alle informiert werden. Wissen Sie, wie viele Kinder heute Tagesschulen besuchen? Dies sind aktuell 1500 Kinder. Wissen Sie, wie viele An- und Abmeldungen es gab? Genau 10,3 % der Eltern haben ihre Kinder abgemeldet. Es ist klar, dass Umteilungen die zweitbeste Lösung sind. Darum wurde die Praxis geändert. Das Schulhaus Leutschenbach besuchen 523 Schülerinnen und Schüler, davon haben sich 59 Schülerinnen und Schüler von der Tagesschule abgemeldet und es wurden nur 4 Schülerinnen und Schüler umgeteilt. Ähnliche Zahlen liegen auch bei anderen Schulhäusern vor. Wenn wir realistisch sind, dann müssen wir sagen, dass Tagesschulen ein Erfolgsrezept sind. Für die SP waren die Tagesschulen schon immer wichtig für die Chancengleichheit und sie sind ein zentrales Element einer progressiven Gesellschaftspolitik. Die Qualität der Tagesschulen muss so gut sein, dass sie auch von den Eltern genutzt werden. Wir müssen dort korrigieren, wo Korrekturen notwendig sind. Lärm ist hierbei ein Stichwort. Dafür ist dieses Postulat nicht zielführend.

Weitere Wortmeldung:

Dr. Daniel Regli (SVP): *Es wurde nur in einem Schulkreis informiert. Wir haben 7 Schulkreise. Es wurden 40 000 Briefe für die Einbürgerung verschickt, dort ist die Streuung offenbar egal. Wir fordern nicht, dass allen Eltern ein Brief geschickt werden soll. Wir bitten, den Stadtrat zu prüfen, wie er die direkt betroffenen Eltern informieren kann. Der Stadtrat kommuniziert mit den Eltern. Wir haben nie von einem Spezialbrief gesprochen. Du hast von Einzelfällen gesprochen. Diese wurden als unwichtig abgetan. Die Einzelfälle sind uns wichtig. Wenn jemand aus dem Quartier anruft und dich um Unterstützung bittet, dann ist das eine Ehre für einen Volksvertreter.*

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): *Dr. Daniel Regli (SVP) hat moniert, dass das letzte Postulat direkt überwiesen wurde. Auch unsere Fraktion hat dem Postulat zugestimmt. Uns jetzt zu unterstellen, dass wir die Härtefälle unwichtig finden, ist nicht zutreffend. Es ist klar, dass wir dem letzten Postulat zugestimmt haben. Es gelingt der SVP nicht auf etwas hinzuweisen, das falsch gelaufen ist. Es erlaubt denjenigen, welche die Tagesschule unterstützen, aufzuzeigen, welches Erfolgsmodell mit der Tagesschule aufgegleist wurde. Die niedrigen Abmeldungszahlen zeigen dies deutlich. Schön daran ist, dass eine auf Freiwilligkeit basierende Umsetzung möglich ist. Diese Diskussion erlaubt denjenigen, die die Tagesschule befürworten, aufzuzeigen, wie gut das Modell funktioniert. In einigen Wochen werden wir Gelegenheit haben, eine Weisung zu diskutieren. Es ist unnötig, die Eltern anzuschreiben und einen Bericht vom Stadtrat zu verlangen.*

Das Postulat wird mit 25 gegen 90 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

3 / 3

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat